



Dienstag, 14. April 2026

GRÜNE befürworten den Beschluss des Stadtrats für ein Gemeindereferendum

Die Arbeitsbelastung der Lehrpersonen wird endlich anerkannt

Das Anliegen hinter der Änderung des Lehrpersonalgesetzes ist verständlich und die Stossrichtung richtig. Denn gerade für die Lehrpersonen sind Anerkennung und Wertschätzung ihrer gesteigerten Arbeitsbelastung wichtig. Die vom Kantonsrat im Januar 2026 beschlossenen Änderungen des Lehrpersonalgesetzes tragen dem Rechnung: Lehrpersonen werden gestärkt, indem ihre Stundenpauschale von mindestens 100 auf mindestens 160 Stunden im Jahr erhöht wird. Das ist aus fachlicher Sicht notwendig.

Der Finanzierungsschlüssel soll angepasst werden

Mit seinen Beschlüssen änderte der Kantonsrat den regierungsrätlichen Antrag, wo die Stundenpauschale noch 120 Stunden betrug. Dieser Beschluss muss auf Gemeindeebene umgesetzt werden und führt dort zu markanten Mehrkosten. Denn mit dem Finanzierungsschlüssel von 80%/20% sind diese deutlich mehr von den Gemeinden zu tragen. Für Winterthur werden die Ausgaben um mehr als fünf Millionen Franken steigen, was rund zwei Steuerprozenten entspricht und zwar ohne, dass die Stadt darauf Einfluss nehmen kann. Denn die Löhne für Lehrpersonen sind kantonal vorgegeben; es gibt keinen Spielraum. Schon heute macht der Bildungsbereich rund die Hälfte des Winterthurer Haushaltsbudgets aus. Mit dem bisherigen Kostenteiler würden sich die Bildungskosten somit deutlich steigern, was eine wachsende Stadt wie Winterthur mit ihrer Zentrumsfunktion stark belastet.

Es braucht in Zukunft eine faire Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Deshalb unterstützen die GRÜNEN Winterthur den Entscheid des Stadtrats für das Gemeindereferendum gegen den kantonsrätlichen Beschluss zum Lehrpersonalgesetz.

Für weitere Auskünfte stehen gerne zur Verfügung:

Maria Lischer, Stadtparlamentarierin GRÜNE, Mitglied BSKK, 076 455 63 37
Florian Heer, Präsident GRÜNE Winterthur, 078 912 13 41